

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrats

Vorstoss-Nr.: 281-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.1108

Eingereicht am: 16.11.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)
Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 19.11.2015

RRB-Nr.: 68/2016 vom 20. Januar 2016
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**



Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass zum Schutz der Schweizer Bevölkerung unsere Landesgrenze wieder kontrolliert wird.

Begründung:

Nach den jüngsten Ereignissen in den letzten Wochen und Tagen sind wir konsterniert und zugleich besorgt, dass der Bund keine wirkungsvollen Massnahmen zur Eindämmung der herrschenden Asylmisere ergreift. Der Bund hat sich schnellstmöglich mit dem Grenzschutz und der desolaten Asylpolitik zu befassen, denn die damit einhergehenden Sicherheitslücken sind nicht mehr wegzudiskutieren.

Eine erste Massnahme, die der Bund zum Schutz der Schweizer Bevölkerung umgehend zu ergreifen hat, ist, die Einreise von illegalen Einwanderern durch Grenzkontrollen einzudämmen. Die Grenzen sind unter Beizug der Armee umgehend zu kontrollieren und zu schützen. Migranten, die aus sicheren Drittstaaten, also auch aus unseren Nachbarstaaten, einreisen wollen, sind strikt abzuweisen. Das Schengen-Dublin-Abkommen, das zeigt uns die Asylproblematik in Europa momentan, funktioniert schon seit längerer Zeit nicht mehr.

Es ist die Verantwortung des Bundes, Gefahren zu erkennen, zu analysieren und rasch Sofortmassnahmen umzusetzen. Gerade beim Bevölkerungsschutz wäre es angezeigt zu agieren, statt zu reagieren.

Begründung der Dringlichkeit: Die jüngsten Ereignisse in Europa zeigen die Dringlichkeit auf.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat anerkennt die Besorgnis über die Migrationsströme und die damit verbundenen Unsicherheiten bei der Schweizer Bevölkerung. Er hält zudem fest, dass die Lage im Asylbereich angespannt, jedoch keineswegs desolat ist. Der Bund und der Kanton Bern haben mit ihren jeweiligen Neustrukturierungen des Asylbereichs die notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Der Grosse Rat wurde anlässlich der Novembersession 2015 ausführlich über die diesbezüglichen Bestrebungen und Strategien auf kantonaler Ebene in Kenntnis gesetzt und ist diesen grossmehrheitlich positiv begegnet.

Die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit basiert auf der Erkenntnis, dass die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und die Steuerung von Migrationsbewegungen in Europa wichtige gemeinsame Anliegen sind, und dass diese Probleme durch ein enges grenzüberschreitendes Zusammenwirken der zuständigen nationalen Behörden wirksamer bewältigt werden können als ohne dieses Zusammenwirken. Mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen wurden an der Schweizer Grenze Personenkontrollen grundsätzlich aufgehoben. Die Grenzkontrollen haben sich von den Binnen- an die Aussengrenzen verlagert und wurden dort verstärkt. Die Schweiz beteiligt sich am Aussengrenzenfonds und an der Grenzschutzagentur FRONTEX für einen besseren Schutz der Aussengrenzen. Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass eine Abkehr von diesem Konzept der falsche Weg ist, um der schwierigen Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich zu begegnen.

Eine Vorkonsultation des Staatssekretariats für Migration (SEM) bei den Mitgliedern der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) Ende November 2015 hat ergeben, dass 17 Kantone eine zeitlich beschränkte Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schweiz ablehnen.

Der Regierungsrat ist zudem der Ansicht, dass die Armee ihre personellen und logistischen Ressourcen derzeit für die anstehende Bewältigung der angespannten Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Verfügung stellen sollte. Die Kantone sind dankbar für die diesbezügliche Unterstützung. Ein anders gearterter Einsatz, namentlich eine aufwändige Sicherung der Grenzen zu den europäischen Nachbarstaaten ist weder sinnvoll noch vernünftig umsetzbar.

Aus den genannten Gründen lehnt der Regierungsrat das Motionsbegehren ab.

Verteiler

- Grosser Rat